Es bestand Einvernehmen darüber, dass die TOPs 6.1.1 und 6.1.2 gemeinsam behandelt werden.

Herr Günther (Fraktion Bündnis90/Die Grünen) begründete den Antrag zu TOP 6.1.1 wie folgt:

Die Verkehrsverhältnisse an der Ost-West-Spange (OWS) seien bereits Gegenstand der Beratungen im Zentrumsausschuss gewesen, insbesondere, was das Abbiegen aus dem Parkbereich unter der Marktplatte nach Osten auf die B56 angehe. Hier sei eine gefährliche Situation erzeugt worden.
Eine weitere Gefährdung finde auch dadurch statt, dass Leute aus Richtung Rathausallee in diesen Bereich einschwenken, sich in der Fahrt verlangsamen, weil sie das große Hinweis- und Orientierungsschild lesen wollen. Er selbst habe bereits gesehen, dass es dort fast gekracht habe, weil die Fahrzeuge von der B56 mit Schwung herunterkommen. Dort sei zwar im Auslassbereich des Bushofes ein Tempo-30-Schild. Aber die Rampe sei dort relativ steil, und es sei schwierig, Tempo 30 einzuhalten.
Hieraus sei der Antrag entstanden, der im Wesentlichen aus fünf Punkten bestehe:
Die Frage sei, ob man diese Situation mit einem Minikreisel, einem unechten Kreisel, lösen könne. Das habe den Vorteil, dass sich die Fahrzeuge auf dem kleinen Raum erst mal aus dem Weg gehen und sortieren, bevor sie in die entsprechenden Richtungen Abbiegevorgänge vornehmen.
Der zweite Punkt sei eine Unübersichtlichkeit der Streckenführung im Einmündungsbereich des Parkraumes auf die OWS. Es sei ein bisschen irreführend, wie die Fahrzeuge an die Ausfahrtstelle geführt werden. Da müsse man noch einmal drübergucken.
Der dritte Punkt beziehe sich auf den Busbahnhof. Dort sei im Moment nur ein Auslass in die OWS in Richtung Rathausallee möglich. Die Frage sei, ob es nicht sinnvoll ist, auch Busse von der OWS dort hineinfahren zu lassen, entsprechend dem Verlauf der infrage stehenden Buslinien. Dies beziehe sich auch auf den vierten Punkt.
Er denke, man könne diesem zustimmen, da es alles Prüfaufträge seien.

Herr Heikaus (Aufbruch!) erläuterte den Ergänzungsantrag (TOP 6.1.2) seiner Fraktion.
Es solle überlegt werden, ob ein Hinweis für Radfahrer erstellt werde, die von der B56 auf den Parkplatz kommen, dass von dort auch die Möglichkeit besteht, auf die Marktplatte zu fahren.

Der Vorsitzende schlug vor, mit solchen Überlegungen (TOP 6.1.1 und 6.1.2) noch drei Monate zu warten, um zu wissen, wie sich andere Verkehrsflüsse entwickeln. Da es sich aber um einen Prüfauftrag handele, könne man auch abstimmen.

Herr Schmitz-Porten (SPD-Fraktion) sah dort keinen Widerspruch. Im Zentrumsausschuss sei man sehr kooperativ tätig, auch in Zusammenarbeit mit der Verwaltung. Man werde die Anregung von der Fraktion Aufbruch! aufnehmen.
Jeder trage seine Anregungen in den Raum, und dann werde versucht, das Beste daraus zu machen. So verstehe man auch den Ergänzungsantrag vom Aufbruch!. Dies sei eine Anregung, die aufgenommen werden sollte. Inwieweit dies am Ende dann tatsächlich dazu führe, hänge dann davon ab, wie das Konzept für den Marktplatz aussehe.

Man habe die Diskussion bezüglich der Fahrradquerungen auf dem Marktplatz gehabt, die man jetzt nicht wieder aufnehmen wolle. Dazu gehöre auch eine Anbindung von Zuströmen, beispielsweise aus diesem Bereich. Dazu müsse dann auch der Plan vorliegen. Der Vorsitzende sehe es richtig, dass alles zusammen gehöre. So sei es auch zu verstehen. Es sei keine Ausschließlichkeit, sondern ein Ansatz, dass man sich ständig Gedanken mache müsse, die Verkehrssituation zu optimieren. Es seien auch einige Unbekannte zu berücksichtigen. Man habe ja auch noch die Eröffnung des Großmarktes am 28.9.2017. Dann werde man sehen, auch unter Berücksichtigung des neuen Kreisverkehres, der gerade gebaut wird, wie sich das alles entwickle. Aber was hier in den Prozess hereingebracht werde, solle die Verwaltung prüfen und den Zentrumsausschuss auf dem Laufenden halten, um die Verkehrssituation zu optimieren.

Herr Puffe (CDU-Fraktion) erklärte, dass seine Fraktion dies genauso mittragen könne. In anderen Punkten habe man aber eine andere Ansicht. Daher wolle man über die einzelnen Punkte separat abstimmen.
Zu Punkt 1 sei man sich einig, dass die Ausfahrt aus dem Parkplatzbereich nach links wünschenswert ist. Da sei man sich einig. Man habe in der Januarsitzung bereits darüber gesprochen. Die Fraktionen hätten am 29.03.2017 ein Schreiben von Herrn Lübken bekommen, wonach dies geprüft, die Verkehrssituation beobachtet und eine Lösung gefunden werde.
Er bat den Fachbereich Ordnung, Stellung dazu zu beziehen.
Die Prüfaufträge zu Punkt 2 und 3 seien für seine Fraktion problemlos zu sehen, wenngleich er glaube, dass die Einführung der Busspur auf den Busbahnhof baulich relativ schwierig werde.
Zu Punkt 4 bitte er, separat abzustimmen. Ansonsten könne seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen. Man wolle keine Prüfung, ob die Buslinie nicht mehr an der Südstraße vorbeigeführt wird. Man habe in den Südarkaden bereits jetzt ein massives Problem mit Leerständen. Auch, wenn angeführt sei, dass die nächste Bushaltestelle nicht weit entfernt sei, bedeute dies für ältere Personen, die mit Rollator unterwegs sind, ein Problem, wenn man nicht mehr an der Südstraße aussteigen kann. Dies werde nicht die angespannte Situation der Geschäfte dort entspannen.
Seine Fraktion habe hiermit ein Problem und könne auch einem Prüfauftrag nicht zustimmen.
Zu Punkt 5 wolle man keine große Diskussion aufmachen. Das Wort „fahren“ sei im Antrag fettgedruckt. Wenn es darum gehe, dass ein Hinweis, wo demnächst ein Haupteingang des HUMA-Einkaufspark sei, und dort auch Fahrradabstellplätze untergebracht werden sollen, sei es im Rahmen der Prüfung sinnvoll, ob man es entsprechend ausschildert. Wenn es eine Vorstufe zu einem Fahrradweg wäre, habe er ein großes Problem damit. Die Diskussion sei bekannt. Die SPD- und die CDU-Fraktion hätten dort in der Vergangenheit ein ganz großes Problem gesehen. Wenn es so zu verstehen sei, dass es in die Prüfung für die Gesamtkonzeption der Marktplatte mit aufgenommen und in der zweiten Jahreshälfte besprochen wird, dann könne seine Fraktion die Prüfung zulassen. Dies aber nur unter dem klaren Hinweis, dass dies keine Vorstufe für einen Fahrradweg über die Marktplatte ist.

Herr Müller vom FB 1, Ordnung, teilte zur Fragestellung „Linksabbiegen“ aus der Ausfahrt der Tiefgarage folgendes mit:

Einige Wochen nach Inbetriebnahme der OWS sei eine verdeckte Messung durchgeführt worden. Dabei seien Geschwindigkeit und zahlenmäßige Fahrzeugbewegungen erfasst worden. Die Situation habe sich relativ entspannt gezeigt. Etwa 70 Fahrzeuge pro Stunde hätten die OWS passiert. Das Geschwindigkeitsniveau sei unauffällig gewesen. Die derzeitige Verkehrsführung sei in Absprache mit der Kreispolizeibehörde erfolgt. Die Abstimmung müsse bei derartigen Verkehrsanordnungen vorgenommen werden. Es sei geplant, im Spätherbst, nach Eröffnung des zweiten Bauabschnittes des HUMA, wenn die Verkehrsströme sich normalisiert haben, eine weitere Messung durchzuführen. Dann werde geprüft, ob Linksabbiegen zugelassen werden kann.

Herr Puffe erläuterte das Abstimmungsverhalten der CDU-Fraktion:
Punkt 1: Enthaltung
Punkt 2 und 3: ja
Punkt 4: nein
Punkt 5: ja.
Sollte eine Abstimmung über den Komplettantrag erfolgen, müsse die CDU-Fraktion den Antrag ablehnen.

Herr Schmitz-Porten bestätigte die Änderung der Nähe zu einer Bushaltestelle. Hinsichtlich der Südstraße habe man noch etwas vor. Teile des IHKs beinhalten den Umbau der Südstraße. Man wolle dort die Durchflussmenge reduzieren. Er wisse nicht, ob dann dort Verlagerungen des Busverkehrs möglich, notwendig und sinnvoll sind. Fraglich sei, wann die Umgestaltung in Angriff genommen werde.
Die Haltestellenplatzierung und Erreichbarkeit vom Spichelsfeld, der Südstraße und der Hochschule seien zu berücksichtigen.

Der Vorsitzende merkte an, dass es sich hier eher um ein Buslinienkonzept handele, welches man im Zusammenhang später einmal behandeln sollte. Er schlug vor, über diesen Punkt des Antrages heute nicht abzustimmen.

Auf die Frage vom Herrn Schmitz-Porten teilte Herr Gleß mit, dass die Umplanung der Südstraße in 2018 erfolgen und die Fördermittel für 2019 beantragt werden sollen. Sollte eine Bewilligung erfolgen, könne Ende 2019 oder Anfang 2020 mit dem Umbau begonnen werden. Die Bauzeit werde voraussichtlich sechs bis neun Monate dauern.

Es bestand Einvernehmen darüber, heute über Punkt 4 des Antrages nicht abzustimmen.

Anschließend wurde wie folgt abgestimmt:

Punkt 1: einstimmig bei 7 Enthaltungen

Punkt 2: einstimmig

Punkt 3: einstimmig

Punkt 4: keine Abstimmung

Punkt 5 (Ergänzungsantrag der Fraktion Aufbruch!, TOP 6.1.2): einstimmig bei 1 Enthaltung

Hinsichtlich des Punktes 4 des Antrages merkte Herr Schmitz-Porten an, dass man so verfahre, dass, wenn die Verwaltung zusage, in diesem Sinne zu arbeiten, der Antrag obsolet geworden sei.
Er bat zu Protokoll zu nehmen, dass die Verwaltung entsprechend des Antrages und des Vorbringens der Kollegen in einer Gesamtschau unter Berücksichtigung einer RSVG-Stellungnahme, dieses Thema erneut auf die Tagesordnung bringen werde.